

Duisburg, den 29. Mai 2011

Mitteilung für die Presse

Gespräch der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) mit dem Geschäftsführer des KKD, C. Maurer

Maurer (Geschäftsführer des KKD): „Mit dem KKD geht's weiter“ SPD: „Wirtschaftliche Krise des KKD nicht auf dem Rücken der Beschäftigten austragen – Gekündigte wieder einstellen“

Nachdem ein im Februar angesetzter Gesprächstermin zwischen der SPD-Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) Niederrhein und Duisburg und dem Geschäftsführer des Katholischen Klinikums Duisburg, Clemens Maurer, abgesagt worden war, kam das Treffen nun am Donnerstag, dem 19. Mai zustande.

Wie auch andere SPD-Gliederungen und Mandatsträger, so z.B. die Bundestagsabgeordnete B. Bas, hatten auch die im Gesundheitswesen beschäftigten SPD-Mitglieder gegen die durch die Geschäftsführung initiierten Massenentlassungen massiv protestiert und demonstriert.

Wie der Vorsitzende der ASG-Region Niederrhein, Wolfgang Pasch, und der Duisburger ASG-Vorsitzende Volker Thierfeld jetzt berichteten, teilte Maurer den Sozialdemokraten folgendes mit:

Das KKD arbeite gemeinsam mit dem Bistum Essen an der Konkretisierung des Zukunftskonzeptes zusammen mit einem „dritten Partner“. Dazu gehören nach wie vor die kirchliche Ausrichtung des KKD wie auch der geplante Krankenhausneubau auf dem Gelände des St.Johannes-Hospitals, der die Klinik-Standorte Vincenz- und Marienhospital, Barbara-Hospital und Johannes-Hospital unter einem Dach zusammenführen soll. Der Neubau solle 2016 stehen.

Es werde keinen „Einzelverkauf“ der Rehabilitationseinrichtung Rhein-Klinik in Beeckerwerth geben. Ebenso werden die Altenheime und die Psychiatrie in Hochfeld weitergeführt.

Die Fokussierung auf den Krankenhausstandort in Hamborn werde mit „weiterem Arbeitsplatzabbau durch natürliche Fluktuation einher gehen“, so Maurer. „Das KKD beschäftigt nach wie noch zu viel Personal.“ Daher werde das Unternehmen auch gegen die ausgesprochenen Arbeitsgerichts-Urteile, die die Kündigung für unzulässig erklärten, in Berufung gehen.

Ausdrücklich begrüßten die Sozialdemokraten gegenüber Maurer, dass es mit dem KKD „weitergehe“ und so die Zukunft des Klinikum gesichert sei. Gerade im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung Duisburgs und der Region habe dies eine zentrale Bedeutung.

Dazu gehöre aber auch die sofortige Wiedereinstellung der Mitarbeiter gemäß den erfolgten Arbeitsgerichtsurteilen.

Einig waren sich die SPD-Vertreter mit Maurer darin, dass der Rückzug des Landes aus der Krankenhausfinanzierung einen beträchtlichen Anteil an der schwierigen finanziellen Situation vieler Krankenhäuser hat. „Der Investitionsstau in der Krankenhausfinanzierung durch das Land NRW muss beseitigt werden“, so Wolfgang Pasch. Dafür werden sich die Vertreter der ASG stark machen.

Wie die SPD-Vertreter aber auch gegenüber Maurer deutlich machten, bleibe die SPD bei ihren Positionen: Die Kündigungen bei zugesagtem Kündigungsschutz seien nicht hinnehmbar. Die wirtschaftliche Situation des KKD dürfe nicht auf deren Rücken derer saniert werden, die dafür am wenigsten verantwortlich seien. Von Maurer erwarten sie die Weiterbeschäftigung im Sinne der Arbeitsgerichtsurteile. Die SPD werde weiterhin an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen, die ihre Arbeitsplätze zu Recht verteidigten.

Auch wenden sich die Sozialdemokraten gegen weiteren Arbeitsplatzabbau: Die Belastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern sei schon jetzt nicht mehr hinzunehmen. Medizin und Pflege müssten wieder attraktiv gemacht werden.

Kontakt:

ASG Niederrhein:

Wolfgang Pasch

Tel.: 02151 / 77 73 78 7

Mobil: 0173 – 59 50 74 6

E-Mail: paschmail@web.de

ASG Duisburg:

Volker Thierfeld,

Tel. 0203 / 55 83 13

Mobil: 0160 – 91 93 28 64

E-Mail: thierfeld@t-online.de